

## Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 222-2017  
Vorstossart: Postulat  
Richtlinienmotion:   
Geschäftsnummer: 2017.RRGR.574

Eingereicht am: 12.09.2017

Fraktionsvorstoss: Nein  
Kommissionsvorstoss: Nein  
Eingereicht von: de Meuron (Thun, Grüne) (Sprecher/in)  
Rudin (Lyss, glp)  
Kohli (Bern, BDP)  
Reinhard (Thun, FDP)  
Stampfli (Bern, SP)  
Jost (Thun, EVP)  
Kullmann (Hilterfingen, EDU)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein  
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 330/2018 vom 28. März 2018  
Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert  
Antrag Regierungsrat: **Ablehnung**

### Dank Mobilitätsmanagement weniger Stau, tiefere Verkehrskosten und eine Stärkung der Standortattraktivität!

---

Der Regierungsrat wird gebeten, die Einführung einer Plattform für Mobilitätsmanagement im Kanton Bern zu prüfen. Diese Plattform soll als Koordinationsstelle wirken, die relevanten Mobilitätsakteure vernetzen und die verschiedenen Anspruchsgruppen wie Gemeinden, Bevölkerung und Unternehmen ansprechen. Folgende Ziele sollen mit einer solchen Plattform erreicht werden:

- Sicherstellung der für die Bevölkerung und Wirtschaft notwendigen Mobilität
- Optimale Auslastung der Verkehrsinfrastrukturen
- Förderung neuer Technologien und damit auch eines effizienteren und umweltverträglichen Verkehrs
- gemeinsame Lösungsfindung für anstehende Verkehrsprobleme
- Harmonisierung der Verkehrsflüsse und Entlastung von Verkehrsspitzen
- Förderung des Mobilitätsmanagements in Unternehmen, bei Gemeinden und Überbauungen

- Wissenstransfer und Unterstützung der Gemeinden (E-Mobilität, Schülertransporte, Schulwegsicherheit, Elterntaxis usw.)
- Vermeidung von Doppelspurigkeiten und Nutzung von Synergien in der Verkehrspolitik
- Controlling der Massnahmen der Verlagerungspolitik, mit dem Ziel, eine Reduktion der Verkehrskosten bewirken zu können

Diese Koordinationsstelle soll budgetneutral ermöglicht werden, indem vorhandene Ressourcen oder Mittel verlagert werden.

#### Begründung:

Die Belastung der Verkehrsinfrastruktur steigt auch im Kanton Bern stetig. Strassen sind zunehmend überlastet, und der öffentliche Verkehr stösst während der Hauptverkehrszeiten an seine Kapazitätsgrenzen.

Das hat negative Auswirkungen auf die Standortattraktivität, belastet die Umwelt und die Bevölkerung unnötig, schadet der Wirtschaft, und die Kosten für die Gemeinden und den Kanton nehmen zu. Alleine mit baulichen Massnahmen und Infrastrukturausbauten ist das Problem nicht zu lösen. Zudem verursacht die Finanzierung von Ausbauten für Spitzenbelastungen enorme Investitionen, die unweigerlich zu einer weiteren Verschuldung führen.

Massnahmen des Mobilitätsmanagements setzen bei der Nachfrage an. Mittels Information und Sensibilisierung werden gute Mobilitätsangebote vermittelt mit dem Ziel, das jeweils zweckmässigste Verkehrsmittel einzusetzen. Zu einem Mobilitätsmanagement gehört auch die Prüfung von organisatorischen Massnahmen, wie beispielsweise Beginn und Ende von Schul- und Studienzeiten, um Verkehrsspitzen zu entlasten. Das Potenzial umweltfreundlicher und platzsparender Mobilitätsformen und Verkehrsmittel ist längst nicht ausgeschöpft, und der technologische Wandel ist im Begriff, die Mobilität (Sharingangebote, selbstfahrende Autos usw.) zu revolutionieren. Mobilitätsmanagement unterstützt die Implementierung neuer Technologien und Angebote.

Mobilität ist gemeindeübergreifend, und für die künftigen Mobilitätslösungen müssen die Massnahmen des Kantons und der Gemeinden koordiniert werden, damit Synergien genutzt und Doppelspurigkeiten vermieden werden. Die Verkehrsstrategie des Kantons und wohl auch vieler Gemeinden lautet:

1. Verkehr vermeiden — Durch eine gezielte Abstimmung der Siedlungsentwicklung und des Verkehrssystems sollen die gefahrenen Kilometer reduziert werden
2. Verkehr verlagern — auf den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr
3. Verkehr verträglich abwickeln — Die Verträglichkeit des verbleibenden motorisierten Verkehrs sicherstellen

Für die Umsetzung dieser Strategie sind verschiedene, auch gemeindeübergreifende Massnahmen nötig. Das Mobilitätsmanagement ist ein geeignetes Instrument, damit die richtigen Verkehrsmittel eingesetzt und Kosten gespart werden. Das haben verschiedene Kantone erkannt und zusammen mit verschiedenen Akteuren (Gemeinden, Wirtschaftsverbänden, Transportunternehmen, wie beispielsweise Aargaumobil [Kt. AG], SoMobil [Kt. SO], Impuls Mobilität [Kt. ZH] und Luzernmobil [Kt. LU]) kantonale Koordinationsstellen – Plattformen für das Mobilitätsmanagement – geschaffen. Gemeinsam bilden diese eine Trägerschaft, welche die Aufgaben einer Geschäftsstelle für das Mobilitätsmanagement koordiniert, Massnahmen umsetzt und die Wirkungen nachweist.

Bei der verlangten Mobilitätsmanagementplattform geht es nicht darum, der Verwaltung neue Aufgaben zu erteilen. Vielmehr soll der Kanton eine Koordinationsaufgabe wahrnehmen und eine Plattform initiieren, die mit geeigneten Stakeholdern aus Energiestädten, Wirtschaftsverbänden und Transportunternehmungen eine optimale Umsetzung von Massnahmen des Mobilitätsmanagements ermöglicht. Zielgruppe des Mobilitätsmanagements sind Unternehmen, Schulen, Gemeinden und die Bevölkerung.

### **Antwort des Regierungsrates**

Es ist eine zentrale Aufgabe des Kantons günstige Rahmenbedingungen für die Mobilität von Bevölkerung und Wirtschaft sicherzustellen. Der Regierungsrat teilt die Einschätzung der Postulanten, dass Mobilitätsmanagement einen wichtigen Beitrag zur Verkehrsbewältigung leisten kann. Im Rahmen des Mobilitätsmanagements geht es um sogenannte "Soft-Massnahmen". Es kann sich sowohl um anreizorientierte oder organisatorische Kommunikationsmassnahmen handeln als auch um die Anpassung bestehender Regelungen. Deshalb stellt Mobilitätsmanagement eine verhältnismässig günstige Möglichkeit dar, um zur Lösung der verkehrlichen Herausforderungen beizutragen. Es bietet sich als eine ergänzende Massnahme zu Infrastrukturprojekten an.

Der Kanton Bern hat den Handlungsbedarf seit längerem erkannt und ist in mehreren Bereichen aktiv. Sinnvollerweise erfolgt dies aber in Koordination mit andern Kantonen und/oder gesamtschweizerisch. So ist der Kanton Trägerpartner der nationalen Plattform zum Thema Mobilitätsmanagement Mobilservice, die einen wichtigen Beitrag zum Wissenstransfer in der Schweiz leistet. Auch in der neuen nationalen Plattform "Mobilitätsmanagement in der Praxis" ist der Kanton vertreten. Im Weiteren ist der Kanton zusammen mit vielen Mobilitätsakteuren aus der Schweiz Mitglied bei "Avenir Mobilité". Diese Plattform will den Austausch und Wissenstransfer zwischen den Akteuren der Verkehrspolitik intensivieren und die verkehrsträgerübergreifende Zusammenarbeit fördern.

Im Rahmen des Berner Energieabkommens bietet der Kanton den bernischen Gemeinden Beiträge an Mobilitätsmanagement-Massnahmen an. In den kantonalen Entwicklungsschwerpunkten werden zur Steuerung der Verkehrsnachfrage vermehrt Mobilitätsmanagement-Massnahmen in den ESP-Richtplänen verankert. Auch Innovationen und neue Technologien im Mobilitätsbereich werden gezielt unterstützt, wie Hybridbusse oder ein Pilot mit elektrischen Bussen.

Eine bessere Auslastung der Infrastrukturen strebt der Kanton an, indem er beispielsweise mit Schulen Lösungen sucht, um die Spitzenzeiten im öffentlichen Verkehr zu entlasten. Um eine Verkehrsentslastung geht es auch bei der Work Smart Charta, mit deren Unterzeichnung sich der Kanton dazu bekannt hat, seinen Angestellten flexible Arbeitszeiten und Home-Office-Möglichkeiten anzubieten. Für eine bessere Auslastung der Strasseninfrastrukturen sind andererseits weiträumige Verkehrsmanagement-Systeme in Arbeit, insbesondere rund um die Stadt Bern, in der Region Bern Nord oder Köniz-Bern Südwest.

Da Mobilität nicht an den Kantonsgrenzen Halt macht, findet auch auf nationaler Ebene ein Austausch statt. Für Gemeinden und Unternehmen gibt es u.a. die von EnergieSchweiz getragenen Programme "Mobilität in Gemeinden" und "Mobilitätsmanagement in Unternehmen".

Der Regierungsrat stellt fest, dass bereits auf verschiedenen Ebenen vielfältige Aktivitäten im Bereich Mobilitätsmanagement laufen. Er erachtet daher eine zusätzliche kantonseigene Plattform nicht als zwingend erforderlich und beantragt in Anbetracht der beschränkten kantonalen Ressourcen die Ablehnung des Postulats.

Verteiler

- Grosser Rat